

## **A n t w o r t**

### **der Landesregierung**

**auf die Zusatzfrage der Abgeordneten Herold (AfD) zur Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Herold (AfD)  
- Drucksache 7/10062 -  
gemäß § 91 Abs. 4 GO**

### **Versorgungssicherheit für Thüringen in den Lieferketten im Bereich der überwiegend oder ausschließlich aus Asien importierten Arzneimittel sowie zur Produktsicherheit (Reinheit) dieser Arzneimittel und ihrer Inhaltsstoffe**

Das **Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie** hat die in der 137. Plenarsitzung am 6. Juni 2024 gestellte Zusatzfrage zur Mündlichen Anfrage namens der Landesregierung gemäß § 91 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags mit Schreiben vom 13. Juni 2024 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung der Landesregierung:

Im Rahmen der Befassung wurde die Mündliche Anfrage zum Thema Versorgungs- und Produktsicherheit aus Asien importierter Arzneimittel seitens Frau Ministerin Werner beantwortet. Im Nachgang gab es eine Nachfrage der Fragestellerin in Bezug auf die Sicherheit der Kontrolleure bei zukünftigen Inspektionen aufgrund des neuen Anti-Spionagegesetzes in China und die möglichen Auswirkungen auf in Thüringen ansässige Hersteller.

Zur Kontrolle vor Ort gebe es eine Medienmitteilung, die besagt, dass in China festgelegt worden sei, dass keine Arbeitsergebnisse aus dem Land getragen werden dürfen und nun Hersteller im Zusammenhang mit der Prüfung von Antibiotika überlegen, ob sie ihre betriebsinternen Kontrolleure noch nach China schicken können, weil sie Angst haben müssen, dass sie dort verhaftet werden und nicht wieder außer Landes gelassen werden. Welche Auswirkungen hat der Sachverhalt möglicherweise auf in Thüringen ansässigen Hersteller von Arzneimitteln und Grundstoffen?

Antwort:

In China ist im Juli 2023 ein neues Anti-Spionagegesetz in Kraft getreten, welches seither Fragen in Bezug auf die Sicherheit zukünftiger Inspektionen von Arzneimittelherstellern in China aufwirft.

Eine aktuelle Medienmitteilung der WELT AM SONNTAG bezieht sich auf eine Umfrage unter den zuständigen Ministerien der 16 Bundesländer, zur Vorgehensweise und möglichen Sicherheitsbedenken der Länder.

Das Thema wurde bereits auf fachlicher Ebene der Länder diskutiert und unter anderem das Bundesministerium für Gesundheit beteiligt und um eine Stellungnahme zur Thematik gebeten. Auch aus der inzwischen vorliegenden Antwort geht hervor, dass das seit jeher bestehende Risiko willkürlicher Maßnahmen durch das Anti-Spionagegesetz nicht maßgeblich erhöht wurde.

Auch die Europäische Arzneimittelagentur gab bereits überwiegend technische Empfehlungen für die Arzneimittelüberwachung vor Ort in China wie die Einreise mit Diplomatenpass sowie "leeren" Handys und Laptops heraus.

In Thüringen wurde die zuständige Überwachungsbehörde, das Landesamt für Verbraucherschutz, entsprechend informiert. Es gab in den letzten Jahren von Thüringen keine Anträge und somit keine Notwendigkeit einer Inspektion in China.

Für Ende des Jahres 2024 ist eine Inspektion geplant, welche nach derzeitigem Kenntnisstand unter Beachtung der Hinweise des Bundesministerium für Gesundheit und der Europäischen Arzneimittelagentur durchgeführt werden soll.

Werner  
Ministerin